

NDB-Artikel

Stadion-Warthausen und Thannhausen, *Franz Seraph Graf von* | österreichischer Politiker, Innenminister, * 27. 7. 1806 Wien, † 8. 6. 1853 Wien, ⇒ Pfarrkirche Klentsch bei Chodenschloß (Klenčí pod Čerchovem bei Trhanov), Familiengruft. (katholisch)

Genealogie

V →Johann Philipp Carl (s. 2);

M Maria Anna Gfn. v. Stadion-Thannhausen; ledig.

Leben

S. wuchs auf der böhm. Herrschaft Kauth und Chodenschloß, dem gemeinsamen, idealgeteilten Hauptbesitz beider Zweige der Familie, sowie v. a. in Wien auf. Hier und auf der 1815 vom Vater hinzuerworbenen mähr. Herrschaft Jamnitz erhielt er eine Privaterziehung durch den aufgeklärten Priester und Wiener Theologieprofessor →Vincenz Weintridt (1778–1849), dem S. auch über dessen Entlassung 1820 im Gefolge des Bolzano-Prozesses hinaus verbunden blieb. Seit 1824 studierte er in Wien Rechtswissenschaften und war u. a. Hörer des Kantianers →Leopold Rembold (1787–1844). 1827 trat S. bei der niederöstr. Regierung als „überzähliger und unbesoldeter“ Konzeptspraktikant in den Staatsdienst ein. Er diente seit 1828 in Galizien – auch während der poln. Erhebung gegen Rußland 1830/31 –, seit 1832 als Gubernialsekretär in Innsbruck und seit 1834 als Hofsekretär bei der Allgemeinen Hofkammer in Wien. Nachdem sein älterer Bruder Eduard eine Mesalliance eingegangen war, wurde S. 1836 Chef des standesherrlichen Hauses Stadion-Warthausen mit dem Majoratstitel „Erlaucht“ und böhm. Landstand. 1837 erwarb er – für das 1826 verkaufte Warthausen – die Herrschaften Bohorodczany und Lisec in Galizien. 1843 wurde das Fideikommiß für die gemeinsame Herrschaft Kauth und Chodenschloß errichtet. Einen ersten Höhepunkt erreichte S.s Laufbahn, als er 1841 zum Gouverneur des Küstenlandes (Triest, Istrien, Görz u. Gradiska) avancierte. Seine Wirtschafts- und Handelspolitik, v. a. die Förderung des „Österr. Lloyd“, trug zum Ausbau des für die Monarchie wichtigen Hafens Triest bei. Im Zuge der Volksschulreform führte er Schulbücher in den vier Landessprachen ein. Insbesondere gelang es ihm, an den Wiener Zentralbehörden vorbei 1845 eine Gemeindeordnung für die Küstenlande mit autonomem Wirkungskreis der Gemeinden, eigener Finanzverwaltung und nach Klassen- und Zensuswahlrecht gewählten Gemeindevertretungen zu erlassen – die Geburtsstunde der Gemeindeselbstverwaltung in Österreich. 1846 übertrug S. das Majorat des Hauses Stadion-Warthausen auf seinen Bruder Rudolph und gab im Sommer sein Gouverneursamt mit der Begründung auf, er könne es ohne die Einkünfte eines Majoratsherrn nicht länger führen. Die Wiener Regierung ernannte

ihn dennoch 1847 zum Gouverneur der Unruheprovinz Galizien, in der sich 1846 der poln. Adel gegen die österr. Herrschaft und darauf die ruthen. (ukrain.) Untertanen gegen ihre Grundherren erhoben hatten. Die Regierung hatte sich entschlossen, die vom Adel dominierte Patrimonialverwaltung in Galizien zu verstaatlichen. Seinen Vorarbeiten für diese Reform, die S. bei Ausbruch der Revolution im März 1848 weitgehend abgeschlossen hatte, fügte er mit Gesetzentwurf vom 17. 5. 1848 sein in Triest entwickeltes Selbstverwaltungskonzept hinzu, in das er nun auch die Kreise und neuen Bezirke einbezog. Dies bot, in Verbindung mit dem Zensuswahlrecht, dem Großgrundbesitz maßgeblichen Einfluß. Die Loyalität der ruthen. Bauern zu Österreich sicherte S. per Erlaß vom 22. 4. 1848, mit dem die Robotpflicht in Galizien – als erster Provinz Österreichs – aufgehoben war.

Im Juni 1848 wurde S. in vier galiz. Wahlkreisen von den ruthen. Bauern zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Er stellte sein eigenes politisches Programm auf, sammelte den „Zentrumsclub“ aus national ungebundenen Abgeordneten um sich und holte als Parteiblatt das „Journal des Österr. Lloyd“ nach Wien, für das er Aktionäre beim böhm. Adel fand. Nach der Wiener Oktoberrevolution trug er maßgeblich dazu bei, die Auflösung des Reichstags zu verhindern. Am 21. 11. 1848 wurde S. zum Innen- und kommissarischen Unterrichtsminister der neuen Regierung unter →Felix Fürst Schwarzenberg (1800–52) ernannt. Gegenüber der Reichstagsmehrheit trat er für die konstitutionelle Monarchie und gegen parlamentarische Ministerverantwortlichkeit auf. Die österr. Verfassung vom 4. 3. 1849 und insbesondere das für die innere Entwicklung Österreichs richtungweisende Provisorische Gemeindegesetz vom 17. 3. 1849 sind von seinem seit dem Vormärz entwickelten Konzept der postfeudalen Neuordnung Österreichs geprägt. Die Verfassung wurde nach Auflösung des Reichstags in Kremsier, die S. nicht mehr verhindern konnte, oktroyiert. Im April 1849 mehrten sich bei S. die Zeichen einer Gehirnerkrankung. Auf seine wiederholte Bitte wurde er am 28. 7. 1849 von seinem Amt entbunden, blieb aber bis zum Tod Minister ohne Portefeuille.

Literatur

ADB 55;

H. Schlitter, Versäumte Gelegenheiten, Die oktroyierte Vfg. v. 4. März 1849, 1920;

R. , F. Gf. S., Ein Staatsmann u. Reformers AltÖsterr., in: Stifter-Jb. 5, 1957, S. 61–71;

J. Klabouch, Die Gde.selbstverw. in Österr. 1848–1918, 1968;

R. E. Coons, Steamships, statesmen, and bureaucrats, Austrian policy towards the Steam Navigation Company of the Austrian Lloyd, 1836–1848, 1975;

St. Kiniewicz, Pomiędzy Stadionem a Goslarem, Sprawa włościańska w Galicji w 1848 r, 1980;

R. Melville, Der böhm. Adel u. d. Konstitutionalismus, F. S.s Konzept e. postfeudalen Neuordnung Österr., in: Die Chance d. Verständigung, Absichten u. Ansätze zu übernationaler Zus.arb. in d. böhm. Ländern 1848-1918, hg. v. F. Seibt, 1987, S. 135-45;

ders., Adel u. Rev. in Böhmen, Strukturwandel v. Herrschaft u. Ges. in Österr. um d. Mitte d. 19. Jh., 1998;

A. Gottsmann, Der RT v. Kremsier u. d. Reg. Schwarzenberg, Die Vfg.diskussion d. J. 1848 im Spannungsfeld zw. Reaktion u. nat. Frage, 1995;

Qu. z. südwestdt. Gesch. in Archiven d. Tschech. Rep., hg. v. V. Rödel, 1995, S. 65-72;

A. Apollonio, Gli esperimenti d`autogoverno comunale del governatore F. S. in Istria e nel Goriziano (1844-47), in: Quaderni Giuliani di Storia 17, 1996, S. 31-98;

S. Taku, Communal autonomy as a base of civil society, Local autonomy and the building of national culture in Bohemia in the 19th century, in: The construction and deconstruction of national histories in Slavic Eurasia, hg. v. H. Takayuki, 2003, S. 311-30;

W. D. Godsey, Nobles and nation in Central Europe, Free Imperial Knights in the age of revolution, 1750-1850, 2004;

Wurzbach;

Gr. Österreicher;

NÖB 14;

Jeserich-Neuhaus (*P*);

G. Hildebrandt, in: Akteure 1848/49, II, S. 645-87;

Hist. Lex. Wien;

Personenlex. Österr. (*P*);

ÖBL;

- *Qu*:

Fam.archiv S., Staatl. Gebietsarchiv Pilsen, Zweigstelle Klattau (*Nachlaßfragmente*);

Bekanntmachung, die Fam.-Vertrr. d. Herren Gf. v. S.-Thannhausen betreffend, in: Reg.-Bl. f. d. Kgr. Bayern Nr. 35, 8. 7. 1834.

Portraits

Holzschnitt, um 1830, Abb. in: M. Smets, Das J. 1848, Gesch. d. Wiener Rev., Bd. 2, S. 121.

Autor

Ralph Melville

Empfohlene Zitierweise

, „Stadion, Franz Graf von“, in: Neue Deutsche Biographie 25 (2013), S. 5-6 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

ADB-Artikel

Stadion Zu Bd. LIV, 429.: *Franz Seraph Graf von St.* war einer der interessantesten Staatsmänner, die Oesterreich im neunzehnten Jahrhundert hervorgebracht hat. Er kam als dritter Sohn des Grafen Johann Philipp Stadion am 27. Juli 1806 in Wien zur Welt. Sein Vater leitete als Vorgänger Metternich's die äußere Politik des Kaiserreiches, bis der Tag von Wagram den folgenschweren Ministerwechsel mit sich brachte. Der junge St. genoß zuerst Privatunterricht und absolvirte später die juristisch-politischen Studien in Wien. Seiner besonderen Sympathie erfreute sich Professor Remboldt, der wegen seiner freien Auffassungen wiederholt gemaßregelt wurde. Im J. 1827 wandte sich der strebsame Aristokrat dem Staatsdienste zu und nahm bei der niederösterreichischen Regierung eine Stelle an. Bald nachher erfolgte seine Versetzung zum Gubernium nach Lemberg, von wo aus er im J. 1829 als Conceptspraktikant zum Kreisamte in Stanislaw kam. Im nächsten Jahre wurde er Kreiscommissär in Rzeszow, um 1832 als Gubernial-Secretär nach Tirol versetzt zu werden. Stadion's impulsives, dem veralteten Formelkram abgeneigtes Wesen scheint einzelnen seiner Vorgesetzten nicht behagt zu haben, und der junge Beamte hätte es wahrscheinlich nicht weit gebracht, wenn er nicht der Sprößling eines einflußreichen Hauses gewesen wäre. So aber schadete es ihm kaum, daß einer seiner Chefs in die Qualifikationstabelle hineinschrieb: „Zu weiterem Avancement gänzlich unfähig.“ St. wurde trotzdem als Hofsekretär in die Hofkammer nach Wien berufen, wo er es bereits mit 28 Jahren bis zum Hofrathe brachte.

Am 29. Februar 1841 begann für den Grafen ein wichtiger neuer Lebensabschnitt. St. wurde zum Gouverneur des österreichischen Küstenlandes bestellt und dadurch in die Lage versetzt, auf einem schwierigen Posten sein großes Verwaltungstalent zu bethätigen. Seine Wirksamkeit in Triest setzt sich aus einer Kette von Erfolgen zusammen. Der Verwaltungsapparat wurde im Küstenland geölt und in ein flottes Tempo gebracht. St. selbst unternahm in seinem Amtsgebiete wiederholt längere Reisen, um mit der Bevölkerung in directe Fühlung zu treten. Das bedächtige Kanzleiverfahren seiner Zeit war ihm verhaßt, die Vielschreiberei widerte ihn an. Er legte als erster Gouverneur das Hauptgewicht auf das gesprochene Wort, auf den unmittelbaren Contact. Zu den üblichen Rathssitzungen, in denen die Geschäfte erledigt wurden, berief er nicht bloß die Hof- und Gubernialräthe, sondern auch die jungen Beamten, die in diese Versammlung von meist alten Herren einen frischen Zug brachten. Während im übrigen Oesterreich der Druck des sogenannten Metternich'schen Systems schwer fühlbar war, herrschte im Küstenlande ein freies geistiges Leben. Man durfte nach Herzenslust die verbotenen Schriften und Bücher lesen; St. sorgte dafür, daß die Polizei bei ihrer eigentlichen Beschäftigung bleibe. Deshalb fühlte man sich im Küstenlande glücklich, als die Stadion'schen Verwaltungsprincipien in Wirksamkeit traten. „Es war, als ob erst bei seinem Auftreten die Provinz an Oesterreich gekommen wäre“, sagte ein Zeitgenosse über die Triester Wirksamkeit des Grafen St. Der Gouverneur hatte vor allem für das praktische Leben einen scharfen Blick. Er hob den Handel und das Gewerbe und trug viel zur Blüthe des österreichischen Lloyd bei. Triest nahm

einen merklichen Aufschwung und in der communalen Verwaltung der Stadt herrschte Einigkeit. Rastlos arbeitete St. an der Verbesserung des Schulwesens im Küstenlande. Als er nach Triest kam, gab es daselbst nur zwei Volksschulen, als er wegging, waren schon sechzehn derartige Lehranstalten vorhanden. Da die Schulbücher, die von der privilegierten Verschleißstelle in Wien kamen, zu viel Geld kosteten und unbrauchbar erschienen, ließ er für das Küstenland wohlfeile Bücher herstellen, ohne erst lange bei der Studienhofcommission in Wien um die Ermächtigung hierzu anzusuchen. St. fühlte sich sicher genug, um diese Versündigungen an der Tradition wagen zu dürfen. Er hatte als einer der Ersten den Werth einer geordneten Gemeindeverwaltung zu würdigen verstanden und das verfallene Communalwesen in seinem Verwaltungsgebiete zu einem großen Aufschwunge gebracht. So sehr war ihm die Blüthe des Gemeindewesens ans Herz gewachsen, daß er bei seinem Abgange von Triest den Schutz des Kaisers für das noch zarte Pflänzchen der geordneten Gemeindeverwaltung erbat. Graf St. scharte in Triest tüchtige Männer um sich, bei denen er auf Verständniß und auf werththätige Unterstützung rechnen konnte. Wir nennen nur den nachmaligen Minister Ritter von Toggenburg und den Innsbrucker Schneiderssohn Josef Oettel, der später als Beamter Großes leistete. Auch Bruck, der Gründer des österreichischen Lloyd, erfreute sich der besonderen Gunst des Gouverneurs.

Zum großen Leidwesen der Triestiner Bevölkerung wurde St. im April 1847 aus dem freundlichen Süden in den kalten Norden des Reiches versetzt. Ihm fiel der Statthalterposten von Galizien zu, der zu den verantwortungsvollsten Stellen gehörte, die in der Monarchie vorhanden waren. Voll guten Muthes übernahm St. seine neue Aufgabe, die für ihn manch bittere Enttäuschung im Gefolge haben sollte. Für den 31. Juli 1847 war sein Eintreffen in Lemberg angesetzt, aber ein böser Zufall wollte, daß an diesem Tage zwei Hinrichtungen vollzogen wurden. Erst im letzten Moment erfuhr St. von diesem unangenehmen Zusammentreffen und er hielt es für gerathen, seine Reise etwas auszudehnen. Nach Wien jedoch richtete er eine fulminante Beschwerde, in der er fragte, ob man wünschte, daß er seinen neuen Amtssitz im „Lichte eines Henkers“ betrete. Der eine der beiden Todescandidaten war nämlich ein Führer des polnischen Aufstandes im J. 1846. St. hatte mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, um seine Position in Galizien zu festigen. In seinen besten Absichten wurde er verkannt, alles, was er in der ersten Zeit that, stieß auf Mißtrauen. Wenn er über die „pflichtvergessenen Beamten“, über das „papierene Regiment“ wettete, legte man ihm das übel aus, wenn er zwischen den Aristokraten und Bauern vermittelte, erregte das Bedenken; ließ er wieder, um den Polen einen Freundschaftsdienst zu erweisen, nationale Theaterstücke zur Aufführung zu, so fragte man, ob er damit die Blutflecken, die seine Vorgänger zurückgelassen haben, tilgen wolle. Schließlich aber gelang es St. und seinen Mitarbeitern — Graf Agenor Goluchowski, Graf Leo Thun und Josef Oettel — die Mißverständnisse zu zerstreuen und das Vertrauen einigermaßen herzustellen. Doch da brach die Revolution aus, die alles aus dem Gleichgewichte riß.

Am 18. März 1848 hatte der Statthalter ein Exemplar des kaiserlichen Patents vom 15. März durch einen Privatreisenden erhalten, das er sofort zu vervielfältigen und zu verbreiten gebot. Noch am selben Tage wurde von den

Polen eine Adresse an den Kaiser vorbereitet, die den nationalen Wünschen Ausdruck verlieh und für die St. ungestört Unterschriften sammeln ließ. Am 21. März berief er die Verleger und Schriftsteller in Lemberg zu sich, um sie von der Aufhebung der Censur in Kenntniß zu setzen. Doch fügte er hinzu, daß er, da ein Preßgesetz noch nicht erlassen sei, gegen die Zügellosigkeit Vorkehrungen treffen müsse, weshalb er selbst über irreligiöse, unmoralische und aufregende Machwerke Censur ausüben werde. Anfangs gaben sich die beteiligten Kreise zufrieden, allein schon nach fünf Tagen mußte St. die Forderung der vollständigen Preßfreiheit erfüllen. Dem Verlangen nach der allgemeinen Volksbewaffnung meinte sich der Statthalter aus Rücksichten für die Ruhe und nicht zuletzt für die polnischen Adeligen entgegenstellen zu sollen. In Lemberg ließ er wohl die Akademiker bewaffnen, aber das Volk verlangte nach einer Nationalgarde. Indeß St. wurde auch nicht durch die Drohung mit einem Massenangriffe auf das Zeughaus eingeschüchtert. Der jähe Umsturz hatte den polnischen Adel in Schrecken versetzt, da dieser mit dem plötzlichen Ausbruche des glühenden Hasses der Bauern rechnen mußte. In Lemberg, Tarnow und Krakau fanden Versammlungen des Adels statt, in denen einzelne Männer die unmittelbare, bedingungslose Aufhebung der Robot befürworteten. Dadurch sollte Haß in Liebe, Gegnerschaft in Freundschaft umgewandelt werden. Die Mehrheit der Grundherren jedoch war für diese kostspieligen Gefühlsregungen nicht zu haben. Diesen Umstand machte sich Graf St. zu Nutze, indem er ohne vorher in Wien anzufragen, am 17. April 1848 die Frohnden der Bauern für Galizien aufhob und so die bäuerlichen Massen für sich gewann, mit denen er die revolutionären polnischen Adelselemente in Schach halten konnte. In diesen Kreisen und bei dem polnisch-nationalen Bürgerthum in den Städten wuchs die Mißstimmung gegen den Statthalter. Der Lemberger polnische Volksrath, der sich am 6. April ohne Erfolg an den Kaiser gewandt hatte, richtete am 23. April seine Beschwerden direct an den Gouverneur. Ueber die Regierungsorgane wurde heftig geklagt und Graf St. persönlich für die Folgen der bauern- und ruthenenfreundlichen Politik verantwortlich gemacht. Der Statthalter antwortete damit, daß er am 26. April das Local des Volksrathes schloß und die Thätigkeit einstellte. Graf St. that noch mehr. Er forderte die Ruthenen auf, die polnischen Petitionen an den Kaiser durch ruthenische Bittschriften zu paralysiren und dem Verlangen nach der Vorherrschaft der Polen den Wunsch nach der Gleichberechtigung der Polen und Ruthenen entgegenzuhalten. Uebelwollende Männer haben dem Grafen St. vorgeworfen, daß er die Ruthenen „entdeckt“ hätte. Davon kann nicht die Rede sein, und man muß es dem einsichtigen Gouverneur zum Verdienste anrechnen, daß er sich der bedrückten, früher zurückgesetzten Ruthenen annahm. Der polnische Adel und das polnische Bürgerthum sann nun auf ein Mittel, den von ihnen gehaßten Statthalter kalt zu stellen. Im Mai 1848 wandte sich eine polnische Deputation mit einer ebenso ungerechten als böswilligen Anklageschrift, in der an der Verwaltung Galiziens die schärfste Kritik geübt wurde, an die Wiener Nationalgarde. Die Beschwerde enthielt 21 Punkte. Sie wird dadurch charakterisirt, daß sie dem Grafen St. zum Beispiele auch das Verständniß für die ruthenische Frage und die Aufhebung der Robot zum Vorwurfe machte. Das Document wurde von Wiener Blättern veröffentlicht und|es hat ein ganz falsches Bild über den von den edelsten Absichten, von hochfliegenden Plänen erfüllten Grafen verbreitet. Es trug vor allem dazu bei, daß der Pionier liberaler Ideen während des Revolutionsjahres in der Hauptstadt

des Kaiserstaates als verstockter Reactionär verschrien, gelästert und verfolgt ward.

Dieses Kesseltreiben vermochte nicht zu verhindern, daß man sich bei Hofe in den Stunden der Gefahr des thatkräftigen, standhaften und wohlwollenden Grafen St. erinnerte. Am 5. Mai schrieb der Minister Pillersdorf an St. daß Erzherzog Franz Karl für ihn das Ministerpräsidium und das Ministerium des Innern bereit halte, und einige Tage später wandte sich der Erzherzog selbst an den Gouverneur mit der Bitte, raschestens nach Wien zu kommen. Stadion's Stellung in Galizien war sehr unangenehm geworden und gerade deshalb zögerte er, das Land ohne eine formelle Berufung durch den Monarchen zu verlassen, weil er nicht den Anschein erwecken wollte, vor der polnischen Agitation die Flucht zu ergreifen. Er gab jedoch dem wiederholten Drängen nach und trat die Reise nach Innsbruck an. Vorher noch hatte er die Versicherung erhalten, von den dankbaren Bauern in zwei oder drei Bezirken in den Reichstag gewählt zu werden, und er nahm später das Mandat von Rawa an. Im Juni 1848 befand sich St. für kurze Zeit am Hoflager in Innsbruck, wo man ihn für die ministerielle Wirksamkeit zu gewinnen suchte. Am 5. Juli schrieb er an seinen Freund und Mitarbeiter Oettel aus Wien: „Ich sah in den ersten 24 Stunden die Unmöglichkeit, ein Ministerium zu bilden. Was hier aus der Geschichte wird, weiß der Himmel oder der Teufel.“ Mitte Juli war der Reichstag zusammengetreten, in dem nun auch Graf St. saß. Er nahm seinen Sitz im Centrum. Seine Feinde verlachten ihn, wenn er sprach, denn man wollte ihn nicht zur Geltung kommen lassen. Am 23. Juli 1848 klagte der Graf seinem vertrauten Lemberger Mitarbeiter: „Ich habe versucht, eine Fahne aufzustecken und mit einigen Freunden, unter ihnen die Triestiner, ein Programm aufzustellen. Es kommt mir aber vor, daß es noch zu früh ist, da das Mißtrauen gegen mich auf alle Art angeregt wird. Ich halte mich sehr zurück, bin aber trotzdem die Zielscheibe arger Angriffe.“ St. kam nicht aus der Fassung. Die Ungunst der Zeitverhältnisse brachte ihn nicht zum Verzagen. Er hoffte auf den Sieg seiner Ideen und bemühte sich, für sie an Boden zu gewinnen. Aus Triest wurden die Redacteurs eines Blattes, das den Titel „Lloyd“ führte, herbeigerufen, um in Wien ihre Thätigkeit fortzusetzen. So wurden die beiden Publicisten Warrens und Löwenthal nun im Centrum des Reiches die Verkünder der Stadion'schen Politik. Doch Anfang October nahm die radicale Strömung in Wien derart zu, daß St. seines Lebens nicht mehr sicher war. Nach der Ermordung des Grafen Latour wurde — wie Helfert berichtet — in der Aula der Universität bereits an dem Stricke gedreht, an dem St. sein Ende finden sollte. Unter diesen Umständen sah er sich doch bewogen, die Stadt schleunigst zu verlassen und einen ruhigeren Ort aufzusuchen. In Olmütz, wohin der Hof geflohen war, stand er bald im Mittelpunkte der Geschehnisse.

Nach der Niederwerfung der Wiener Octoberrevolution und nach den ersten Erfolgen in Ungarn gab sich der Hof wieder zuversichtlichen Erwartungen hin. Die gesunkene Macht war neuerdings aufgerichtet worden und nun sollte die Monarchie, die ihrem Zerfalle nahe schien, auf fester Grundlage neu aufgebaut werden. Das Ministerium, das den Thronwechsel durchzuführen und die Organisation des Staates zu gestalten hatte, erhielt im Fürsten Schwarzenberg seinen Präsidenten und Namensträger, während Graf Franz Stadion sein leitender Kopf wurde. Trotz der anfänglichen Weigerung warjes

gelungen, den ehemaligen Statthalter von Galizien zur Uebernahme eines Portefeuilles zu bewegen und ihm das verantwortungsvolle Amt eines Ministers des Innern aufzuhalsen. In der gährenden Zeit, in der noch Alle nach Klarheit rangen, hatte St. bereits ein festes Programm und unverrückbare Ziele. Während sich der Reichstag, dessen Sitz nach Kremsier verlegt worden war, anschickte, nach seinem eigenen Ermessen die Grundsätze für die bürgerlichen Freiheiten und die Organisation des Staates festzusetzen, erwog auch die Regierung Schwarzenberg, wie des Reiches Bau zu vollführen wäre. Vom 6. Januar 1849 bis Anfang März dauerten die Berathungen des Cabinets, die der Verfassungsfrage gewidmet waren. Stadion's Ideen gaben dabei den Ausschlag. Der Minister verfolgte den Plan, nach der Aufhebung der früheren ungarischen und siebenbürgischen Hofkanzleien für alle Länder der westlichen und östlichen Reichshälfte *eine* gemeinsame Regierung einzusetzen und daneben *eine* Volksvertretung zu schaffen. Ihm war es vor allem darum zu thun, den Sondergeist der Provinzen zu brechen; deshalb schränkte er den Wirkungskreis der Statthaltereien, die er fortbestehen ließ, erheblich ein. Nicht die Kronländer, sondern die zu schaffenden Kreise, für die als Vorbilder die französischen Departements gelten konnten, sollten die Hauptträger der Administration sein. Um den Nationen ein freies Bethätigungsfeld zu sichern, faßte St. die nationale Abgrenzung der Kreise ins Auge. Die Exklusivität der Verwaltungsorgane sollte aufhören, denn der Minister des Innern war tief von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die ausgiebige Heranziehung der Bevölkerung zur Mitarbeit an der Verwaltung dem Staate zum Segen gereichen würde. Das von St. erlassene Gemeindegesetz vom 17. März 1849 räumte dem Bürgerthum in der Gemeinde, im Bezirke und im Kreise ein so großes Maß von Selbstverwaltung ein, wie es kein anderer Staat gewährte. Schon in dem Programme des Ministeriums Schwarzenberg hatte der Minister des Innern verkünden lassen: „Die freie Gemeinde ist die Grundlage des freien Staates“, und dieser Satz war ihm ein Glaubensbekenntniß. Der von St. inspirirte Verfassungsentwurf mußte dem Fürsten Windisch-Graetz, dem gewaltigen Ertödter der Revolution, zur Begutachtung vorgelegt werden. Dieser fand an dem liberal-centralistischen Gedanken keinen Gefallen und machte von dem ihm zustehenden Einspruchsrechte Gebrauch. St. blieb daher nichts anderes übrig als die Demission, doch der Ministerpräsident empfahl dem jungen Kaiser, das Rücktrittsgesuch abzulehnen. Er gab auch zu Gunsten der Stadion'schen Ideen den Ausschlag.

Heinrich Friedjung, der gefeierte Historiker Oesterreichs, nennt St. einen Staatsmann der Mittelclasse. Der Aristokrat von Geburt hielt sich nicht an seine eigene Kaste, sondern stützte sich auf das besitzende Bürgerthum, das sich sowohl durch seine Bildung als durch seine Steuerleistungen hervorthat. Es wurde denn auch in den Wahlordnungen für die Gemeinden und Kreise und für die beiden Häuser des Reichstages begünstigt. Die Grundanschauungen des Ministers des Innern haben allerdings auf Oesterreich bloß mittelbar und nicht unmittelbar eingewirkt. Die von der Regierung Schwarzenberg ausgearbeitete Verfassung hat keine praktische Bedeutung erlangt. Sie wurde am 4. März 1849 octroyirt, aber zweidreiviertel Jahr später außer Kraft gesetzt, ohne eigentlich jemals voll in Geltung gewesen zu sein. Als das Ministerium mit der Berathung der Reichsverfassung fertig war, ging St. sogleich an die Ausarbeitung der Landesstatute, die er für einen großen Theil der Königreiche

und Länder zum Abschlusse brachte. Seinen Geist athmete auch das Gesetz über die Grundentlastung vom 4. März 1849, das zur Ausführung von den Reichstagen Oesterreichs und Ungarns gefaßter Beschlüsse diente. Der Minister des Innern versah provisorisch die Leitung des Unterrichtsministeriums, und er verabsäumte es nicht, für eine Modernisirung des Schulwesens zu sorgen. St. ließ durch Exner und Bonitz die Neuordnung der Universitäten und Gymnasien vorbereiten; sein Nachfolger hat eigentlich auf die hergestellten Entwürfe nur mehr die Unterschrift zu setzen gehabt.

Vollzogen sich diese gutgemeinten Arbeiten hinter den Coulissen, so fand sich für St. auch reichliche Gelegenheit, in die politische Arena hinauszutreten. Der heißeste Kampf, der im Kremsierer Reichstag tobte, war durch eine Erklärung entfesselt worden, die der Minister des Innern im Namen der Regierung abgab. Am 4. Januar 1849 bestieg St. die Tribüne, um gegen das vom Ausschusse im Gesetzentwurfe über die Grundrechte aufgestellte Princip der Volkssouveränität mit scharfen Worten zu protestiren, indem er „gegen eine Theorie, unter deren Banner die Begriffe der Menge verwirrt, das Blut des edlen Grafen Latour vergossen wurde“, Verwahrung einlegte. „Nicht die Souveränität des Volkes, sondern das erbliche monarchische Recht ist in Oesterreich der unveräußerliche Quell der obersten Gewalt. In einer constitutionellen Monarchie erscheint es überhaupt unzulässig, den Ursprung der Regierungsgewalt neu festzustellen, das Bestehende von einer neuen Bestätigung abhängig zu machen. In der Anwendung des Satzes: Alle Gewalt geht vom Volke aus! erkennt das Ministerium einen Eingriff in die unwandelbaren Grundlagen des monarchischen Princips.“ Die Ausführungen Stadion's wirkten wie ein kalter Wasserstrahl; sie waren gewiß nicht geeignet, die Popularität des Ministers zu heben. Schließlich gab der Reichstag aber doch nach, weil er vernünftigerweise den Streit nicht auf die Spitze treiben wollte. Die aus der Revolution geborene Volksvertretung war trotz ihrer Mäßigung bei Hofe und bei der Regierung nicht beliebt, und mehrmals bestand die Absicht, die Volksvertreter nach Hause zu schicken. St. stellte sich jedoch, so lange es ging, den Auflösungsbestrebungen entgegen, allein es nahte mit Riesenschritten die Zeit, da sein Widerstand nichts mehr fruchtete. Die Regierung beschloß, den Reichstag am 7. März 1849 zu sprengen, um der Annahme der vom Verfassungsausschusse durchberathenen Charte zuvorzukommen. In der Nacht vorher erschien St. in Kremsier, um die regierungstreuen Abgeordneten von dem Vorhaben des Ministeriums zu verständigen. Die Gegenvorstellungen, die gemacht wurden, übten auf ihn einen tiefen Eindruck, und er versprach, sogleich nach Olmütz zurückzukehren, um womöglich noch einen Umschwung herbeizuführen. Allein, die Bemühung war vergebens, und das Einzige, was St. thun konnte, bestand darin, daß er die Verhaftung von einigen radicalen Abgeordneten verzögerte, so daß die Verfolgten sich rechtzeitig zu flüchten vermochten. Die Anstrengungen und Aufregungen hatten die Gesundheit des Ministers vollständig erschüttert. St., der sich ohnehin nur durch künstliche Reizmittel aufrecht halten konnte, wurde derart nervös, daß er zur geistigen Arbeit unfähig war. Schließlich versagte sein Gehirn fast vollständig, und er mußte im Juli 1849 seinen Abschied nehmen. Die Gehirnerweichung machte Fortschritte, und es war eine Erlösung, als der Tod den unglücklichen Mann am 8. Juli 1853 heimsuchte.

St. hat schon zu einer Zeit, da das Volk noch nicht als Factor in den Rechnungen der Regierenden stand, eine breite Brücke zu den Massen geschlagen, und dennoch wollte es das Schicksal, daß die Wortführer der Massen in ihm einen Todfeind sahen, als die rasche Umwerthung aller Begriffe eine allgemeine Verwirrung anrichtete. Doch nicht bloß die radicalen Volkskreise haben dem Manne schlechten Dank erwiesen, auch die Regierung kargte mit dem Lobe, als der noch nicht fünfzigjährige große Anreger starb. Die amtliche „Wiener Zeitung“ unterließ es sogar, ihm einen Nekrolog zu widmen. St. wurde oft ein Josef II. im Kleinen genannt, und dieses Bild ist nicht schlechter, als es die Vergleiche gewöhnlich sind. Helfert hingegen sucht den Reformminister an Pombal zu messen. St. hatte ein schmales Gesicht und eine hochgewölbte Stirn. Das Haupt war mit einem leichten Kranz von braunem Haar bedeckt, zwischen dem eine mächtige Glatze lag. Blaue Augen leuchteten aus dem Gesichte, von dem sich eine charakteristische Nase abhob. St. ging stets äußerst einfach gekleidet. Wie ernst er auch in den Stunden der Arbeit war, in seinen Mußestunden schien er Späßen nicht abgeneigt. Gleich dem Fürsten Schwarzenberg ist er unverheirathet geblieben. Der Aristokrat war ein Schätzer der praktischen Arbeit, während er beispielsweise von der Poesie wenig hielt. So schwach seine Gesundheit gewesen ist, so tapfer bewies er sich in gefahrvollen Augenblicken, wenn es galt, mit gutem Beispiele voranzugehen. Als in Rzeszow die Cholera wüthete und Niemand die Leichen zu begraben wagte, nahm der junge Graf den ersten Todten auf den Rücken und trug ihn zur letzten Ruhestätte. St. war ein großes staatsmännisches Talent, und wenn dieses nicht Dauerndes zu schaffen vermochte, ist es die Schuld der Zeitverhältnisse gewesen. In den Monaten der Revolution bewies sich St. als zu zielsicher und stark, um populär werden zu können, und als dann die Reactionsperiode anbrach, hatte sich sein Geist schon in Wolken gehüllt. Er hoffte, so lange er denken konnte, und als es für einen Menschen wie St. nichts mehr zu hoffen gab, vermochte er nicht mehr zu denken. Das ist ein Tropfen bitteren Glücks in dem Eimer des Lebensunglückes.

Literatur

Heinrich Friedjung, Oesterreich von 1848—1860, I. Bd. — Joseph Alexander Freiherr v. Helfert, Geschichte Oesterreichs vom Ausgange des Wiener October-Aufstandes, III. Bd. — R. Hirsch, Graf Franz Stadion. —

Anton Springer, Geschichte Oesterreichs seit dem Wiener Frieden, II. Theil. — Dr. Constant v. Wurzbach, Biogr. Lexikon des Kaiserthums Oesterreich, XXXVII. Bd. —

Neue Freie Presse vom 3. und 17. April 1898 (Mittheilungen aus d. Jahre 1848 von J. v. Doblhoff). — Oesterreichische Rundschau, Wien, Bd. XVIII, Heft 1, Reformen unter dem Grafen Franz Stadion von Heinrich Friedjung.

Autor

Richard Charmatz.

Empfohlene Zitierweise

, „Stadion, Franz Graf von“, in: Allgemeine Deutsche Biographie (1910), S. [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
